

Hanspeter Mattes, März 2002

### **Islamische theologische Debatten zum 11.9.2001 und den Folgen**

Die von der Qa'ida-Organisation Usama Ibn Ladins ausgeführten Anschläge in New York und Washington vom 11.9.2001 haben nicht nur die Staatsführungen in Nordafrika/Nahost zur politischen Reaktion gezwungen, sondern auch innerhalb der muslimischen Rechtsgelehrten und dem ganzen Spektrum islamischer wie islamistischer Organisationen und Parteien zu einer intensiven Diskussion des Ereignisses und seiner Folgen geführt.

Hauptdiskussionenpunkte waren die Legitimität der Anschläge an sich bzw. die Legitimität von Selbstmordanschlägen generell, die Statthaftigkeit einer Teilnahme von Muslimen an einer von Christen (gegen Muslime) geführten Antiterrorismuskampagne sowie die Definition von Terrorismus in Abgrenzung zu „legitimem Widerstand“. Dieser Diskussionsprozess ist noch längst nicht abgeschlossen und angesichts der nach wie vor bestehenden gegensätzlichen Auffassungen liegt ein Konsens in den Einzelaspekten in weiter Ferne – falls er überhaupt erreichbar ist. Die gegenwärtige Situation wird jedenfalls von der Gleichzeitigkeit der unterschiedlichen Auffassungen geprägt. Die Staatsführungen der nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten versuchen allerdings durch eigene Eingriffe (z.B. Demonstrationsverbote; Zensur), durch Kritik an „radikalen“ Imamen wie sie zuletzt Mitte November 2001 der saudische Kronprinz Abdallah vorbrachte oder durch Veranstaltungen zur Förderung des interreligiösen Dialogs (z.B. in Alexandria Ende Januar 2002) sich als aktive Teilnehmer der Antiterrorismuskolalition zu präsentieren und Angriffsfläche für die USA zu reduzieren.

Die Anschläge vom 11.9.2001, die mit Ausnahme des militanten Spektrums islamistischer Gruppen zu Kondolenzbekundungen gegenüber den Opferfamilien führten (exemplarisch das Schreiben der

jordanischen Muslimbruderschaft; BBC, 11.10.2001), hat die Religionsgelehrten in zwei Gruppen gespalten: In eine kleinere, die wie die Religionsgelehrten um die jordanische Zeitschrift al-Sabil die Erklärungen Usama Ibn Ladins und damit implizit sein Handeln lobten, weil er u.a. sehr erfolgreich die verantwortliche Rolle des Westens für die Tragödien der Araber und Muslime thematisiert habe, und in eine weitaus umfangreichere Gruppe, die sowohl die Anschläge als auch die Aufrufe Usama Ibn Ladins zum „heiligen Krieg“ verurteilten. So erließ der jordanische Fatwa-Rat am 16.9.2001 ein Fatwa, in dem er die Tötung unschuldiger Personen verurteilte, und das libanesische Dar al-Fatwa bezeichnete am 18.10.2001 die Anschläge als „dem Geist des Islam fremd“. Bereits am 14.9.2001 hatten 46 Führer islamischer Gruppen und Rechtsgelehrte die Anschläge verurteilt und die Muslimbruderschaft in Ägypten plädierte sogar für die Ausweisung Ibn Ladins an die USA, sofern seine Schuld feststünde. Der iranische Präsident Hojjatulislam Chatami verurteilte vor Freitagspredigern am 9.10.2001 den Terrorismus, insbesondere den Terrorismus im Namen des Islam, wie ihn Usama Ibn Ladin praktiziere.

Besonders heftige Auseinandersetzungen gab es über die Frage, ob Selbstmordanschläge – ob der Anschlag auf das World Trade Center oder Anschläge in Israel – überhaupt mit den Prinzipien des Islam vereinbar seien. Der im ganzen arabischen Raum prominente ägyptische Religionsgelehrte Yusuf al-Qaradawi brandmarkte in einem Fatwa den Einsatz von Zivilflugzeugen für Anschläge und die Tötung von Unschuldigen als „unislamisch“. Zahlreiche andere bekannte Religionsgelehrte wie der Großscheich der Azhar-Universität Muhammad S. Tantawi oder der Imam der Großen Moschee in Mekka, Abdallah al-Subail, verurteilten Selbstmordanschläge mit theologischen Argumenten (Schutzgebot des Lebens gemäß Scharia usw.). Andere Religionsgelehrte wiederum wie im übrigen 64% der palästinensischen Bevölkerung (gemäß einer Umfrage vom Dezember 2001) billigten Selbstmordanschläge als

legitime Antwort insbesondere auf Israels illegales Verhalten in Palästina. Zu den prominentesten Befürwortern zählen der syrische Großmufti Ahmad Kaftaro (L'Orient-le Jour, 10.9.2001) und der ägyptische Mufti Scheich Nasir Farid Wasil (The Jordan Times, 4.12.2001).

Die an die USA gerichtete Kritik an der vom Department of State veröffentlichten Liste der Terrorismus praktizierenden Organisationen und Gruppen (vgl. exemplarisch den stellvertretenden Generalsekretär der Hizbullah Scheich Na'im Qasim, in: al-Hayat, 19.10.2001) genauso wie die Kritik am „amerikanischen Staatsterrorismus“ (vor allem nach Beginn der Luftangriffe in Afghanistan am 7.10.2001) führte unter Religionsgelehrten und islamistischen Organisationen mehrheitlich zur Ablehnung der Antiterrorismuskalition. Einige Persönlichkeiten wie der Schiitenführer Husain Fadlallah riefen sogar zur Aktion gegen die USA auf, die mit ihrem Kampf unter dem Slogan „infinite justice“ unbegrenzten Terrorismus praktiziere (BBC, 12.10.2001). Ob bahrainische, marokkanische oder iranische Religionsführer: Die Auffassung, dass in Afghanistan Terrorismus mit terroristischen Mitteln bekämpft werde, Stärke über Weisheit dominiere, war weit verbreitet (al-Hayat, 11.11.2001; BBC, 22.11.2001). Fatwas gegen die Beteiligung an der Antiterrorismuskalition, darunter auch vom ägyptischen Mufti, waren deshalb weitaus häufiger als billigende Fatwas, die zudem oftmals nur indirekt Stellung bezogen, indem sie die ablehnenden Fatwas der Islamisten zurückwiesen (al-Hayat, 5.10.2001). Am deutlichsten für die Teilnahme von Muslimen an der Antiterrorismuskalition – obwohl sie sich gegen Muslime richtet – sprachen sich am 27.9.2001 mittels einer Fatwa eine Gruppe von bekannten amerikanischen muslimischen Rechtsgelehrten aus. Sie wollten damit den Einsatz muslimischer Soldaten in Afghanistan als loyalen Akt rechtfertigen (International Herald Tribune, 12.10.2001). Immer wiederkehrendes Argument in der Diskussion der Rechtsgelehrten war und ist die fehlende verbindliche Definition von

Terrorismus. Nicht nur der Generalsekretär der Islamischen Weltliga, Abdallah al-Turki, sondern auch die Organisation Islamische Konferenz und die Arabische Liga fordern diese Definition. Die Islamische Weltliga versammelte wegen der Definitionsproblematik Anfang Januar 2002 in Mekka zahlreiche Religionsgelehrte, die sich auf eine indes nicht unumstrittene Definition von Terrorismus einigten; demnach ist Terrorismus „jede ungerechtfertigte Aggression gegen menschliche Wesen, ausgeführt von Individuen, Gruppen oder Staaten“ (L’Orient-le Jour, 11.1.2002). Mit dieser Definition gilt Israels Politik in Palästina als terroristisch und jede Gegenaktion wird zum „legitimen Widerstand“. Von Terrorismus (arabisch: irhab) wird von den Rechtsgelehrten aber auch der Jihad unterschieden, der als „das Bestreben zur Beendigung von Ungerechtigkeit, zur Herstellung von Recht und zur Sicherung von Frieden“ bezeichnet wird (Arab News, 11.1.2002). Ob mit dieser Definition die „schillernde Bedeutung des Begriffes Jihad“ (Neue Zürcher Zeitung, 26.11.2001) präziser bestimmt wurde, bleibt indes angesichts zahlreicher anderer Exegesen wie jener der Azhar-Universität mehr als fraglich. Unisono wurde hingegen im gesamten islamischen Raum betont, dass der Islam „eine Religion des Friedens“ (so explizit der saudische Mufti AL Shaikh), das „islamische System gegen Terrorismus“ (so der iranische Innenminister Musavi-Lari) sei bzw. es „no such thing as extremism in Islam“ gebe (Kronprinz von Dubai). Um diesem Bild, um dessen Verbreitung hauptsächlich die Staatsführungen bemüht sind, gerecht zu werden, gab es nicht nur Ansätze zur politischen Kontrolle der im Widerspruch dazu stehenden Rechtsgelehrten (Saudi-Arabien Oktober 2001: „Gardinenpredigt für saudische Geistliche“, Neue Zürcher Zeitung, 16.11.2001; Libanon Oktober/November 2001), sondern auch Kritik am „Islambild des Westens“. Ein in Mekka im Januar 2002 neugegründetes Zentrum soll sich deshalb speziell der Verbesserung des Islambildes „im Westen“ widmen.